

Noch offensichtlicher kann man nicht aufzeigen, welchen negativen Einfluss das Lobbying unserer National- und Ständeräte auf unsere Volkswirtschaft haben kann. Trotz Warnungen des Bundes vor zu grossem Zuckerkonsum wollen die hiesigen Zuckerrübenproduzenten die Anbaufläche erhöhen. Die «Schweizer Zucker AG», Monopolbetrieb der schweizerischen Zuckerproduktion, konnte 2022 erwirken, dass der Bund den Pflanzern Einzelkulturbeiträge pro Hektare zahlt. Zum Vergleich: Raps und Sonnenblumen erhalten je CHF 700 pro Hektare. Dazu muss man wissen, dass vier der neun Verwaltungsräte der «Schweizer Zucker AG» im Bundeshaus sitzen. Zusätzlich sitzen mehrere Nationalräte in der «Informationsgruppe Erfrischungsgetränke» und propagieren einen ungehinderten Zugang zu Süssgetränken trotz teurer Präventionsmassnahmen des Bundes zur Reduktion des Zuckerverbrauchs in Nahrungsmitteln. An diesen beiden Beispielen lässt sich schön aufzeigen, was Lobbying volkswirtschaftlich anrichten kann: Mit dem Verfolgen von Partikularinteressen einzelner Politiker werden auf nationaler Stufe dem Bund Gelder entzogen bzw. in die unterschiedlichen «Klienten-Kässeli» abgeführt, die schlussendlich den Geldgebern der einzelnen Politiker nützen, der Gesamtheit der Schweiz aber keinen Nutzen bringen oder gar schaden. Mit der schweizerischen Volksinitiative «No Lobbying» wird dieser Kreislauf gestoppt. National- und Ständeräte mit Interessenverbindungen zu Firmen, Organisationen oder Vereinigungen dürfen nicht mehr in den entsprechenden Kommissionen Einsitz nehmen. So werden wieder parlamentarische Entscheide gefällt, die der Allgemeinheit nützen und nicht einigen Wenigen.

Roland Schwizer, Kriens